V6NEU

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: **Mentale Gesundheit ernst nehmen!**

Antragstext

Mentale Gesundheit in der Schule

Mentale Gesundheit – was ist das eigentlich? Psychisches Wohlbefinden meint nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch einen Zustand, indem das eigene Potential verwirklicht und angemessen mit Belastungen umgegangen werden kann und stellt somit die Grundlage für ein zufriedenes Leben dar. Dass dieses Thema kaum oder gar nicht in Bildungseinrichtungen thematisiert wird, bedingt vielseitige Probleme. Vor allem im jungen Alter, wo wichtige Bausteine unserer psychischen Stabilität gelegt werden, sollte ein Fokus auf mentale Gesundheit gelegt werden, besonders im Zusammenhang mit Faktoren wie Selbstidentität, sexueller Orientierung und Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus. Insbesondere queere Menschen und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen erleben überdurchschnittlich häufig psychische oder mentale Erkrankungen. Eine Thematisierung im Unterricht kann helfen, Stigmata abzubauen und motivieren, sich Hilfe zu suchen. Dazu muss das Schulpersonal sowohl im Bereich mentale Gesundheit als auch übergreifend zu verschiedenen Diskriminierungsformen geschult sein bzw. fortgebildet werden. Auch braucht es Expert*innen und Sozialpädagog*innen an Schulen zusätzlich zu den üblichen Vertrauenslehrer*innen, um Hürden abzubauen und Benotung von privaten Themen abzukoppeln. Für Bildung im Bereich mentale Gesundheit – von der Grundschule bis zum Abschluss!

Die GRÜNE JUGNED NRW fordert:

- Mentale Gesundheit als Lehrthema in den Lehrplan

- Fortbildungen zum Thema Mentale Gesundheit für Personal an der Schule
- Expert*innen in den Schulen einstellen
- Sozialpädagog*innen zusätzlich zu Vertrauenslehrer*innen
- schon früh in der Grundschule die Stigmatisierung für das Reden über Gefühle abbauen

Studium und Ausbildung

Der Studien- bzw. Ausbildungsweg im Bereich Psychotherapie ist lang und mit hohen Kosten verbunden. Durch die Einführung eines neuen Studiengangs ist die Abschlusszeit von 8 auf 5 Jahre verkürzt worden, nichtsdestotrotz sind die Studienplätze rar und die Ausbildung kostenintensiv. Um eine bedarfsgerechte Versorgung zu garantieren, müssen mehr Studien- und Ausbildungsplätze kostenfrei angeboten werden. Auch muss das Ausbildungsgehalt in Berufen im Umfeld psychologischer Betreuung wie z.B. Klinikpersonal deutlich erhöht und die Arbeitsbedingungen verbessert werden!

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- mehr Studien- und Ausbildungsplätze im Bereich psychische Gesundheit
- ein deutlich höheres Ausbildungsgehalt
- das Arbeitspensum in Ausbildung und Studium reduzieren

Strukturelle Versorgung

Die Möglichkeit, sich Hilfe bei psychischen Problemen zu holen, muss für alle bestehen. Aktuell sind Wartezeiten von bis zu 9 Monaten auf eine ambulante Therapie normal. Das muss sich auf jeden Fall ändern! Einen Therapieplatz zu finden, muss niedrigschwellig und zeitnah möglich sein, denn oft ist sofortige Hilfe gebraucht. Die derzeitige Menge an Kassensitzen, welche allen Nutzer*innen gesetzlicher Krankenkassen zusteht, ist viel zu gering und muss endlich bedarfsgerecht und nicht mehr ökonomisch berechnet werden. Auch braucht es eine bessere Ausstattung und wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für Klinikpersonal und psychische Einrichtungen, um mentale Gesundheit für alle verwirklichen zu können. Schließlich sollte nicht bei der mentalen Gesundung der einen die Gesundheit der anderen aufs Spiel gesetzt werden. Um eine flächendeckende Versorgung möglich zu machen, braucht es zudem eine Vielzahl an öffentlichen Anlaufstellen bei Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit, nicht nur an

Bildungseinrichtungen, sondern auch am Arbeitsplatz. So kann einer Überlastung der ambulanten und stationären Therapie vorgebeugt werden.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- maximal 4 Wochen Wartezeit für ambulante Therapie
- ein bedarfsorientiertes Angebot von Kassenplätzen
- bessere Ausstattung und Arbeitsbedingungen für Personal in Kliniken und Praxe
- mehr öffentliche Anlaufstellen für Menschen mit Beeinträchtigung der Mentalen Gesundheit, damit vorzeitige Diagnosen oder falsche Diagnosen für eine Behandlung überflüssig werden

Begründung

Erfolgt mündlich.